

Dem Gemeinwohl verpflichtet – zur Zusammenarbeit bereit

125 Jahre Verband Deutscher Städtestatistiker

1. Die Aufgabe

125 ereignisreiche und manchmal auch turbulente Jahre in wenige Seiten zu pressen, das ist keine einfache Aufgabe. Doch bei Konzentration auf die Grundzüge der Entwicklung erscheint sie gut lösbar. Wenn sich im Laufe der Zeit inhaltliche Schwerpunkte geändert haben und diese im Folgenden punktuell angesprochen werden, so geben sie mehr als nur ein Spiegelbild der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit in Deutschland wieder. Sie unterstreichen gleichzeitig die Bemühungen der im VDSt zusammengeschlossenen Verbandsmitglieder und ihrer Herkunftsinstitutionen, den Bedarfen einer auf die Lieferung exakter Struktur- und Entwicklungsdaten als Handlungsgrundlagen angewiesenen administrativen Organisation und politischen Leitung zum jeweils richtigen Zeitpunkt und problembezogen zu entsprechen.

2. Auf dem Weg zur Dienstleistungs-kooperation

Während sich die Aufgabe ‚Statistik‘ als Staatsbeschreibung mit quantitativem Hintergrund als unverzichtbare Aufgabe in den merkantilistisch organisierten nationalen Staatswesen seit dem 17. Jahrhundert erwies und die Universitäten sich des wissenschaftli-

chen Hintergrunds annahmen, fand das gleichnamige, aber inhaltlich abgewandelte Aufgabengebiet hauptsächlich erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts (zuerst in Preußen und in Bayern) Aufnahme in die Verwaltungsstrukturen der deutschen Staaten. Das Vordringen des Aufgabengebiets der Statistik zur Zentralisierung der Beschaffung fachlich unverzichtbar gewordener Informationen auch in die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften nach 1860 geschah vor dem Hintergrund von Entwicklungen der großen Städte in bisher nicht gekannten Dimensionen. Mit der extrem raschen Zunahme der Bevölkerung als Folge der explosiven Vermehrung von Industrie und Handel in den größeren Städten wuchs der Bedarf nach statistischen Daten – auch mit innerstädtischem Bezug – sprunghaft an. Es genügte nicht mehr, statistische Aufzeichnungen in einzelnen Verwaltungsressorts (zum Beispiel in handelsstatistischen Ämtern – wie in Hamburg seit 1844 und in Bremen seit 1850) durchzuführen: Man sah die Notwendigkeit einer so genannten ‚ausgelösten‘ Statistik, die für alle Bereiche der kommunalen Arbeit Daten zusammentragen und zu Informationen für Dezernenten und die Verwaltungsspitze bereitstellen sollte. Die schon vorliegenden Zahlen aus den Fachämtern sowie aus der Landes-

statistik konnten den kommunalen Datenbedarf nicht umfassend und vor allem nicht zeitnahe erfüllen.

Die ersten neu entstandenen Statistischen Ämter der großen Städte (Bremen 1861, Berlin 1862, Frankfurt am Main 1865, Hamburg 1866, Leipzig 1867, Altona und Lübeck 1871, Breslau und Chemnitz 1873, Dresden 1874 und München 1875) lösten in rascher Folge weitere Neugründungen aus, so dass 1911 mit schon 44 eigenständigen Ämtern mehr als 20 Prozent der Reichsbevölkerung städtestatistisch erfasst wurden.

Je nach der Größe einer Stadt sind den statistischen Ämtern zugleich andere kommunale Aufgaben mit übertragen worden oder der Leiter einer anderen Dienststelle hatte die Führung der statistischen Dienststelle in Personalunion mit zu übernehmen.

Der Aufbau des in den Kommunalverwaltungen bisher nicht vertretenen Tätigkeitsfeldes ‚Statistik‘ ohne die Möglichkeit der Anknüpfung an organisatorische Traditionen, Arbeitsroutinen und Leistungsmaßstäbe führte rasch zu den Überlegungen, nicht in jeder Stadt ‚das statistische Rad neu zu erfinden‘.

Die verantwortlichen Direktoren der neuen Ämter waren

bemüht, den Kontakt zu den Kollegen der anderen Städte zu suchen, um

- einen Erfahrungsaustausch hauptsächlich in organisatorischen Fragen aufzubauen,
- einheitliche Verfahrensweisen zu entwickeln, durch die eine leistungsfähigere Aufgabenerfüllung und vor allem ein Städtevergleich möglich wurden, der zur Beurteilung der Situation in der eigenen Stadt benutzt werden konnte,
- bei den zunehmenden überörtlichen Aufgaben mit gleichen Methoden und Verfahren die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Erhebungen vorzunehmen und damit ‚vor Ort‘ deren durchgängige Qualität sicherzustellen, eventuell gemeinsam auf die Erhebung bisher nicht erhobener, aber essentieller Merkmale hinzuwirken.

Mit der 1879 in Berlin erstmals zusammengetretenen ‚Konferenz der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte‘ wurde die Grundlage für eine interkommunale Zusammenarbeit gelegt, die sich schon in der ersten Zusammenkunft mit der Lösung praktischer Probleme befasste.

Zunächst in mehrjährigen Abständen, schon bald aber jährlich, nahmen die Städtestatistiker auf einer Vielzahl von Gebieten ihre Kooperation auf. Neben der frühzeitig erkannten Notwendigkeit des Aufbaus einer dauerhaften organisatorischen Struktur der zunächst losen, hauptsächlich auf Erfahrungsaustausch basierenden Gemeinschaft (die allerdings erst 1904 als Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) eine eigenständige

organisatorische Form annahm), brachte die Grundidee „Statistik wird erst aussagefähig durch den Vergleich“ nach dem frühzeitig begonnenen Austausch von Veröffentlichungen das Bemühen um ein ‚Statistisches Jahrbuch der deutschen Städte‘ 1890 zu einem vorzeigbaren Ergebnis, das bis heute eine beinahe unerschöpfliche Informationsquelle über städtische Strukturen und Entwicklungen geblieben ist und in seinen fachlich gegliederten Abschnitten stets Städtestatistiker als verantwortliche Bearbeiter nennen konnte.

Schon von Beginn der Einrichtung statistischer Ämter in den großen Städten an stand deren Mitwirkung als örtlicher Sachverstand bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der bald nach der Reichsgründung 1871 regelmäßig stattfindenden Großzählungen (wie Volkszählungen, Berufs- und Betriebszählungen, Erhebungen zum Aufbau der Grundstücks- und Wohnungsstatistik) im kommunalen Interesse. Sie brachten gegenüber den ‚Landeszählmeistern‘ ihre Wünsche auf Datenlieferungen nach Art und Umfang ebenso deutlich zur Kenntnis wie sie ihre Erfahrungen in die ‚vor Ort‘ gegebenen Strukturen der Zählungsinhalte zur endgültigen Gestaltung der Erhebungsbogen beisteuerten.

In Hinblick auf die Lieferung der Daten von Land zu Großstadt gab es – bis auf die oft kritisierten Verzögerungen bei den ungeduldig erwarteten Ergebnissen – keine prinzipiellen Schwierigkeiten, während die Wünsche der Großstädte nach Beteiligung an der Aufbereitung des Materials in der Regel nicht erfüllt wurden.

Die eigenen statistischen Erhebungen der Städte (oder die zielgerichtete Umsetzung von Landes- oder Reichs-/Bundesstatistiken in kommunale Informationen) wurden durch die Kooperation der Direktoren ihrer statistischen Ämter sowie im Rahmen des späteren VDSt in fachlicher Abstimmung auf einem auch nach Jahrzehnten anerkannten hohen Niveau durchgeführt; Beispiele sind die Todesursachenstatistik, die Aufstellung einer Berufsklassifikation, sowie die – als Ausdruck der sozialen Verhältnisse in den Städten und des daraus erwachsenden Informationsbedarfs angesehenen – Statistiken der Löhne und Preise, des ‚Budgets der arbeitenden Klassen‘ und des Konsums.

Die Befassung mit den statistisch erfassbaren Teilen der Bereiche Armenpflege, Wohltätigkeit und Krankenpflege, von Wohnungen und Wohnungsmarkt, den Formen und Normen einer deutschen gemeindlichen Finanzstatistik, der rasch wachsenden städtischen Versorgungswirtschaft und die Erfassung des Verhältnissen von Arbeits- und Wohnort deutete das Bestreben der Städtestatistiker an, die jeweils aktuelle Situation in den Kommunen in Statistiken zu erfassen und in aussagekräftigen Ergebnissen zu liefern.

Betrachten wir – ausgehend von der soeben etwas umfangreicher dargestellten Startphase der Zusammenarbeit der deutschen Städtestatistiker – die Grundzüge der weiteren Entwicklung im Rahmen ihres fachlich ausgerichteten Verbandes in einer Art Zeitraffer, so lassen sich in verblüffender Weise einheitliche Entwicklungslinien für die gesamten 125 Jahre erkennen.

Berlin – Ort der ersten Konferenz

1904

Ausgespart bleiben dabei zunächst die wichtigen Teilaspekte der politisch – historisch bedingten Zäsuren (siehe hierzu den nachfolgenden Gliederungspunkt 3), der Stellung der Städtestatistiker in ihren Verwaltungen (Gliederungspunkt 4), des Verhältnisses der Kommunalstatistik zur Landes-, Reichs/Bundes- und Europa-statistik (Gliederungspunkt 5), die Funktionsteilung und Kooperation zwischen Städte-statistik und Deutschem Städtetag (Gliederungspunkt 6), die nationale und die internationale Zusammenarbeit auf organisatorischer und auf fachlich wissenschaftlicher Ebene (Gliederungspunkte 7 und 8).

Vor einer zusammenfassenden Bewertung von 125 Jahren Verbandsarbeit (Erfolgsgeschichte im Interesse einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung oder Auf und Ab als Spiegelbild unterschiedlicher städtischer Schwerpunktsetzungen und von Machtverschiebungen zwischen verschiedenen Ebenen öffentlicher Verwaltung (Gliederungspunkt 10) sollen aus der großen Zahl wegbestimmender Persönlichkeiten der Verbandsgeschichte einige herausgehoben und in ihrem Wirken charakterisiert werden, weil sie – jede auf ihre Weise – wichtige Funktionen innegehabt und sie für Richtungsentscheidungen genutzt haben (Gliederungspunkt 9).

Die Kontinuität der Verbandsarbeit über mehr als ein Jahrhundert lässt sich dabei an einigen durchgängig feststellbaren einheitlichen Entwicklungslinien aufzeigen.

Diese sind erkennbar an den Merkmalen:

- (a) Oberste Zielsetzung: die Sache, nicht die Person in den Vordergrund zu stellen,
- (b) Praxisbezug und ‚dienendes Selbstverständnis‘,
- (c) Festhalten an dem Aufgreifen jeweils aktueller Thematiken,
- (d) Nutzung der jeweils geeignetsten Arbeitsinstrumente,
- (e) wissenschaftliche Fundierung der Aussagen als oberstes Gebot.

Zu (a) die Frage nach dem Selbstverständnis des Verbandes als Spiegelbild der Meinungen seiner Mitglieder zu unterschiedlichen Zeitpunkten, in denen Grundsatzdiskussionen zu diesem Thema stattgefunden haben, lässt sich leicht beantworten. Es hat zu keiner Zeit nennenswerte (und Erfolg versprechende) Bemühungen gegeben, die fachliche Zusammenarbeit nachrangig hinter der Interessenvertretung eines Berufsstandes einzuordnen. Das ist aus den Erörterungen zur Funktion der ‚Direktorenkonferenzen‘ seit 1879 ebenso abzuleiten wie aus allen Überlegungen zur Bildung eines Verbandes deutscher Städtestatistiker bis zu dessen Gründungsbeschluss 1903, den grundsätzlichen Ausführungen der Verbandsvorsitzenden Weigel (1929) und Mewes (1950) und aus allen Debatten aus nachfolgenden Anlässen, zum Beispiel des 100jährigen Jubiläums im Jahr 1979.

In realistischer Einschätzung des Gewichts der Statistiker in ihren Städten und gegenüber personelle Entscheidungen treffenden Institutionen wäre ein anderes Selbstverständnis auch nicht plausibel zu begründen.

Im Zentrum der Interessen der kommunalen Statistiker (und

damit ihrer organisatorischen Vereinigung) stand über die gesamte betrachtete Zeitspanne das Bemühen, die Leistungsfähigkeit der mit den zentralen statistischen Datenbereitstellung in den Städten beauftragten Verwaltungseinheit durch die jeweils aktuelle, fachlich-sachlich einwandfreie Dateninformation nachzuweisen und auf diese Weise den administrativen und politischen Führungsgremien optimale Entscheidungsgrundlagen zu liefern.

Zu (b) die Anerkennung der Arbeit des Städtestatistikers durch die eigene Verwaltung ebenso wie durch Landes- und Reichs-/Bundesgremien beruhte zu jeder Zeit in seiner Fachkenntnis ‚vor Ort‘. Das machte ihn immer dann zum unabweisbaren Fachmann, wenn es um die Klärung von Detailfragen bei überörtlichen Erhebungsvorbereitungen ging oder um die Bereitstellung politischer Führungsinformationen in der eigenen Stadt. Sollten im letztgenannten Bereich dennoch Konkurrenzsituationen zu anderen Ämtern der Verwaltung auftreten, so hat der kommunale Statistiker immer die Informationen aus Landes- und Bundesstatistik durch den kollegialen Austausch zur Verfügung: Informationen, die anderen in der Regel nicht verfügbar sind.

Wichtig erscheint der weitere Aspekt des angesprochenen ‚dienenden Selbstverständnisses‘: der Städtestatistiker tritt an, angeforderte und aus eigenem Antrieb bereitgestellte Führungsinformationen zu liefern, ohne damit sich und sein Amt in eine herausgehobene Funktion heben zu können: Er ist da, wenn man ihn braucht (und kann das oft sogar in vor-

Praxisbezug und Wissenschaft

Haushaltsprognose, Umfrageforschung, Sozialstatistik, DUVA

ausschauender Datenbereitstellung vor erwarteten Ereignissen demonstrieren). Es liegt dabei auf der Hand, dass diese der Sache dienende Einstellung immer wieder als eine Selbstverständlichkeit angesehen worden ist, die keiner besonderen Wertschätzung bedarf.

Zu (c): Ein Blick in die Tagesordnungspunkte der Treffen der Städtestatistiker von 1879 bis zur Gegenwart belegt eindrucksvoll das Eingehen auf die jeweils aktuellen Situationen im städtischen Bereich, seien es Umsetzungen von landes- oder reichs-/bundesstatistischen Erhebungen, eigene Befragungen oder städtevergleichende Ausarbeitungen, die auf die Position des jeweiligen Gemeinwesens hinweisen und daraus Handlungsanleitungen aufzeigen.

In Stichworten mit dem historischen Jahresbezug:

- Einheitliche Begriffsfindungen als Grundlage im Vergleich nutzbarer Wohnungsstatistiken (1879),
- Berichterstattung über sinnvolle Klassifizierungen eigener Statistiken über Todesursachen oder die Situation der Armen (1889),
- Methoden der Arbeitslosenstatistiken (1909),
- Aufbau einer Statistik der Teuerungen – zur Inflationszeit – (1921),
- Statistik der Wirtschaftsrechnungen, Indexziffern und Aufbau eines Wohlstandsindex (1931),
- Ehestandsdarlehen und Geburtenhäufigkeit (1938),
- Flüchtlingsstatistiken, der Schadensindex der Städte (1947/1948),
- Social Costs und Industriefolgelasten (1958),

- Elektronische Datenverarbeitung und Einwohnerwesen (1968),
- Möglichkeit der Haushaltsprognose (1978),
- Datenbank zur kommunalen Umfrageforschung (1983),
- Aufbau von Sozialstatistikdateien zur Sozialberichterstattung (1992)
- Steuerungsberuf Statistiker: Empirischer Strategie oder Strategischer Controller (1997),
- DUVA: vom statistischen Informationssystem zum kommunalen Informationsmanagement (1998)
- Kommunale Umfragen; städtevergleichende Führungsinformationen (2002).

Zu (d): Im Verlauf von 125 Jahren haben sich hinsichtlich der eingesetzten bestmöglich geeigneten Arbeitsinstrumente Revolutionen ereignet und in immer kürzeren Abständen Verfahrenswege verändert.

Während die einzelnen Städte sich insgesamt schrittweise und generell neuen und Schritt für Schritt erprobten technischen Arbeitsverfahren geöffnet haben, sind die kommunalen Statistiker auf ihrem Fachgebiet, im Kontakt zu technisch innovativen Institutionen und in laufender Abstimmung untereinander immer wieder neue Wege gegangen.

Waren dies über die Jahrzehnte die Nutzung jeweils verbesserter und praktischer Anforderungen gerechter technischer Hilfsmittel, so brachte die sich rapide entwickelte Datenverarbeitung nicht nur auf dem technischen, sondern fast noch stärker auf dem Gebiet der Verfahrensentwicklung im elektronischen Bereich ganz

neue Aspekte in die Möglichkeit der graphischen und statistischen Datenbereitstellung sowie in die raumbezogene und datenbesetzte Gliederung.

Der VDSt hat die Chancen der Entwicklung für den von ihm betreuten Leistungsbereich seit den 1980er Jahren organisatorisch-zusammenfassend genutzt:

Zum Beispiel mit dem Auf- und Ausbau des ‚Kommunalen Statistischen Informationssystems‘ (KOSIS) als ‚Mutter‘ weiterer softwarebezogenen Anwendungen zur moderner und umfassenden Schaffung einer Statistischen Informationsinfrastruktur, die sich als fester Bestandteil von VDSt-Fachtagungen seit zwei Jahrzehnten etabliert hat und weite Kreise außerhalb der Städtestatistik in deren Angebots- und Leistungsbereich einbezieht, weit über die traditionellen städtestatistischen Arbeitsbereich hinauswirkt und noch vor Jahren undenkbar Brücken zur Außenwelt jenseits der Kommunalstatistik schlägt.

Zu (e): Die generelle Regel für das Informationsangebot des Städtestatistikers (Stadtforschers, Informationsanbieters) war und ist die Selbstdisziplinierung zur Anwendung unverzichtbarer wissenschaftlicher Arbeitsweisen, zur Interpretation von Ergebnissen im offenen Wettstreit mit anderen Anbietern wissenschaftlicher Ausarbeitungen, zur Publizierung (und damit der Bereitschaft zur kritischen Überprüfung von außen her) und der Offenheit sowie zur Bereitschaft einer Diskussion von Verfahrensweisen und Ergebnismittlungen. Ohne diese Selbstverpflichtung hätte sich

die Glaubwürdigkeit der Präsentation statistischer Ergebnisse nicht über Jahrzehnte erhalten. Die bestätigende Aussage in politischen und administrativen Führungsgremien „Die Zahlen kommen vom Statistischen Amt, wir müssen sie nicht weiter diskutieren“ ist ein oft gehörtes Beispiel für unverzichtbare Ansprüche an die Qualität der Städtestatistiker.

Rein organisatorisch ist der VDSt von den Anforderungen an potentielle neue Mitglieder, den Hintergrund der akademischen Ausbildung und der Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten nachzuweisen, zu keiner Zeit abgerückt.

Der Schritt von der Beschränkung der Mitgliedschaft auf die Leiter städtestatistischer Ämter hin zu Personen mit akademischer Ausbildung, die im weiteren Bereich von Institutionen mit den Methoden statistischer Arbeit tätig sind oder sich durch die hochschulvergleichbare kompetente Aneignung von Arbeits-Leitungsfähigkeiten im statistischen und informationellen Bereich fachlich ausgezeichnet qualifiziert haben, hat dem Verband und seiner Kreativität genutzt, ohne inhaltlichen Schaden herbeizuführen.

3. Historisch bedingte Zäsuren und Übergänge

Die hier anzusprechenden Zäsuren erscheinen in ihrer historischen Bedingtheit offenkundig, die Übergänge genannten Veränderungen betreffen hauptsächlich innerverbandliche Vorgänge und Entscheidungen. Sie waren in der Regel Weichenstellungen, die nicht

ohne Mitgliederentscheidungen vollzogen werden konnten. Zu den definierten Zäsuren sind der Erste und der Zweite Weltkrieg mit ihren Nachwirkungen für die Verbandsarbeit zu nennen, desgleichen die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 bis 1945 sowie die Wiedervereinigung Deutschlands nach 1989.

Betrachtet man die schriftlichen Äußerungen der Verbandsgremien von 1914, so traf der Beginn des 1. Weltkriegs den VDSt unvermittelt: die sofort nach Kriegsbeginn erfolgten Einberufungen schwächten die statistischen Ämter der Mitgliedsstädte

ebenso wie sie die regelmäßigen Statistikprogramme auf ein Mindestmaß reduzierten und die Zusammenkünfte der Verbandsmitglieder fast ganz zum Erliegen brachten.

Mit dem Ende des Krieges begann die Zusammenarbeit schleppend: erst im Jahr 1920 kam der VDSt zu einer Jahrestagung zusammen; die Themen Wohnungsnot, Teuerung und Preise sowie der Ermittlung der ‚versorgungsberechtigten Bevölkerung‘ bestimmten die Tagesarbeit in den Mitgliedsstädten ebenso wie in den Verbandsgremien.

Nach einer regulären, lediglich durch finanzielle Spareffekte

Wie der folgende Kasten zur 1947er Tagung zeigt, sind einige Statistik-Themen Dauerbrenner.

Programmfolge und Tagesordnung zur Tagung der deutschen Städtestatistiker am 4. und 5. September 1947 in Köln

Donnerstag, 4. September 1947

10.00 Uhr: Ausschuss für Bevölkerungsstatistik
Vorsitz: Dr. Anton Zwick, Essen

Tagesordnung

1. Ermittlung des Wohnungsbedarfs und Vorausberechnung der Bevölkerung
2. Ausländer und Ortsfremde in der Statistik der Bevölkerungsbewegung
3. Änderung des monatlichen Nachweises über die Bevölkerungsvorgänge, Teil Todesursachen
4. Revision des Todesursachenverzeichnisses unter besonderer Berücksichtigung der sekundären Ursachen
5. Methoden zur Berechnung der Säuglingssterbeziffer
6. Bericht über den Stand der Flüchtlingsstatistik
7. Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermissten

13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen

15.00 Uhr: Geschäftliche Sitzungen

Verband Deutscher Städtestatistiker in der britischen Zone
Vorsitz: Dr. Bernhard Mees, Braunschweig

Arbeitsgemeinschaft der Städtestatistiker in der US-Zone
Vorsitz Dr. Deneffe, Frankfurt/M.

20.00 Uhr: Empfangsabend der Stadt Köln

Freitag, 5. September 1947

9.00 Uhr: Hauptversammlung der deutschen Städtestatistiker
Vorsitz: Dr. Bernhard Mees, Braunschweig

Tagesordnung:

- Neuere Zahlen über den Bevölkerungsbestand deutscher Städte
Referat von Direktor Dr. Lorenz Fischer, Köln
Der Lebensstandard der Großstadtbevölkerung
Referat von Direktor Dr. Bernhard Mees, Braunschweig
Repräsentativverfahren in der Städtestatistik
Referat von Dr. Friedrich Eichler, München

12.30 Uhr: Gemeinsames Mittagessen

14.00 Uhr: Besichtigung des zerstörten und im Aufbau befindlichen Köln

16.00 Uhr: Ausschuss für Finanzstatistik
Vorsitz: Dr. Lorenz Fischer, Köln

Tagesordnung:

1. Bericht über die Gemeindefinanzstatistik
2. Einheit der Gemeindefinanzstatistik
3. Erfahrungen und Wünsche der Gemeinden zur Gemeindehaushaltsstatistik 1946
4. Personalstatistik

Auszug aus: Bericht über die Tagung der Deutschen Städtestatistiker am 4. und 5. September 1947 in Köln.

Auch das ist Teil unserer Geschichte:

Die 43. Tagung des VDSt fand 1936 in Braunschweig statt. Eines der dort gehaltenen Referate befasste sich mit den "Forderungen für die Ausgestaltung der Bevölkerungsstatistik". Am Ende des Protokolls zu diesem Vortrag stehen die

Leitsätze zu vorstehendem Referat

1. Die Bevölkerungspolitik hat im Dritten Reich nicht nur eine erhöhte Bedeutung gegenüber der Vergangenheit, sondern steht geradezu im Mittelpunkt des Nationalsozialismus.
2. Das Ziel der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik ist ein Dreifaches. Es handelt sich um die Bekämpfung von drei Gefahren: 1. Geburtenrückgang, 2. erbgesundheitliche Entartung und 3. rassische Vermischung. Davon hat das erste Ziel quantitative, das zweite und dritte qualitative Charakter.
3. Besonders in der Richtung der Berücksichtigung der qualitativen Gesichtspunkte muss die Bevölkerungsstatistik erweitert werden.
4. Zur Ermöglichung der artiger Untersuchungen - und auch für andre Gesichtspunkte - muss die dringende Forderung gestellt werden, dass es den gemeindestatistischen Ämtern in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Reichsamte und den landesstatistischen Ämtern ermöglicht wird, nach einzelnen Stadtgebieten (Stadtteilen, Stadtbezirken) gegliederte Nachweisungen über die Struktur der Bevölkerung zu erhalten (besonders hinsichtlich des Aufbaues nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf und sozialer Schicht).
5. Weiter ist dringend zu wünschen, dass der Gemeindestatistiker jede sich ihm bietende Gelegenheit benutzt, um erbgesundheitliches Material statistisch auszuwerten (unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Beruf usw.). Solches Material entsteht z.B. bei den erbgesundheitlichen Untersuchungen von Bewerbern um Ehestandsdarlehen, Siedlerstellen, Kinderbeihilfen für Kinderreiche usw. Weiteres Material bieten z.B. die Untersuchungen von Hilfsschulkindern.
6. Eine noch wenig gesehene Aufgabe ist ferner, die jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen, Einblick in die rassische Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung zu erhalten. Nach den Nürnberger Gesetzen vom 15. September 1935 (Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre) bestehen gewisse Möglichkeiten hierzu. Einmal können auf den Eheschließungskarten die Abstammungsverhältnisse (Deutsches oder artverwandtes Blut, Jude, Mischling ersten Grades und Mischling zweiten Grades) festgehalten und ausgezählt werden. Und außerdem bestehen gewissen Möglichkeiten, die Vorarbeiten für den Reichsbürgerbrief für eine statistische Auswertung auszunutzen.

Auszug aus: Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik, Tagung in Braunschweig, 1936

Gleichschaltung im Dritten Reich

beeinträchtigt Tagung 1933 (dem Jahr einer lange vorbereiteten Großzählung) erfolgte – wie in anderen, sich selbst verwaltenden Organisationen – die ‚Gleichschaltung‘ des VDSt im Sinne der neuen staatlichen Ordnung: die 41. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker wurde zur 1. Verbandsversammlung der ‚Arbeitsgemeinschaft für gemeindliche Statistik‘.

Aufschlussreich ist der Blick in die Tagesordnungen: Den traditionellen Aufgabengebieten wurden neue Inhalte eingegliedert (Bevölkerungsstatistik und Erbbiologie als Beispiel), es traten auch neue Themen, ausgelöst durch ein verändertes Staatsverständnis hinzu (u.a. Die Statistik im Dienste der Rassen- und Familienkunde, Vererbung und erbbiologische Karteien). Neben vielen, fast ausschließlich fachlich orientierten Tagesordnungspunkten der Sitzungen der ‚Arbeitsgemeinschaft‘ gab es auch au-

Erbbiologen, Rassen- und Familienkunde

Berhalb ideologisch bestimmter Themen persönliche Erkenntnisse von Teilnehmern zum neuen Staat und seiner weltanschaulich geprägten Ordnung, die aus heutiger Sicht als Entgleisungen aus den Bahnen objektiven statistischen Arbeitens zu werten sind, in der Nachkriegszeit aber meist ohne Folgen für ihre Urheber blieben.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs fanden sich die Städtestatistiker zunächst in ihren Ämtern – mit wiederum vielen neuen Aufgaben – auf sich gestellt. Erst allmählich wuchsen auf Zonenebene in den Westgebieten statistische Verbandsstrukturen in Anknüpfung an die Inhalte und Arbeitsweisen der Kooperation aus der Zeit vor 1934 wieder zusammen und 1948 kam es in München zur Wiedervereinigung in Statistiker aus den westlichen Besatzungszonen in dem neu erstandenen VDSt (der Kontakt zu den ostdeutschen Kollegen blieb bis 1990 abgeschnitten).

Der Blick in die Tagesordnungen und in die Arbeitsinhalte sowie auf das Selbstverständnis der ‚Nachkriegsverbandsstatistiker‘ zeigt in verblüffender Weise, dass man inhaltlich an den früher beschworenen Werten anknüpfte:

- (a) Oberste Zielsetzung: die Sache, nicht die Person in den Vordergrund zu stellen,
- (b) Praxisbezug und ‚dienendes Selbstverständnis‘,
- (c) Festhalten an dem Aufgreifen jeweils aktueller Thematiken,
- (d) Nutzung der im Einzelfall geeignetsten Arbeitsinstrumente
- (e) Wissenschaftliche Fundierung der Aussagen als oberstes Gebot

Personelle Konsequenzen wurden – wie aus anderen Bereichen westdeutscher Nachkriegsverwaltungen bekannt – auf Verbandsebene des VDSt praktisch nicht gezogen.

Als aktuellste Zäsur ist auf die deutsche Wiedervereinigung des Jahres 1990 hinzuweisen. Hier lassen sich – ohne fachlich/sachliche und einige personelle Konsequenzen für die Statistik in der ehemaligen DDR zu verschweigen – wegen der bloßen Ausweitung des westdeutschen Statistiksystems auf das neue Gesamtdeutschland nennenswerte Auswirkungen auf die Arbeit des VDSt im Sinne einer historischen Neubeginns nicht erkennen.

Neben „Zäsuren“ wurde in der Überschrift zu diesem Kapitel auf die „Übergänge“ verwiesen, die in der Verbandsgeschichte eine meist allmähliche, aber doch letztlich prägende Gestaltungswirkung für den Verband hatten.

Während sich 1879 erst 9 „Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“ zu ihrer ersten überregionalen Zusammenkunft versammelten, wuchs die Zahl der Konferenzmitglieder/Verbandsmitglieder – auch durch die Entstehung weiterer städtestatistischer Ämter – rasch und kontinuierlich an. Der seit 1904 bestehende Verband Deutscher Städtestatistiker trat in diesem Jahr mit 36 Mitgliedern in seine Existenz und hat aktuell über 300 Personen. Auslösend für diese Steigerung war nicht allein die Zunahme der Zahl städtestatistischer Ämter, sondern mehr noch die schrittweise Öffnung der Konferenz (wie später auch des VDSt) für die stellvertretenden Amtsleiter,

die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Ämter, die mit der statistischen Arbeit verbundenen Fachleute anderer kommunaler Ämter, für Wissenschaftler aus den Hochschulen und anderen Verbänden.

Mit der Aufhebung der Mitgliedschaftssperre für nachgewiesenen fachlich kompetente Nichtakademiker sowie mit dem Erkennen des Bedarfs an Fachkundigen auf dem Gebiet der Nutzung neuer statistischer Instrumente entstand eine neue Qualität der Verbandsarbeit: Nicht das Amt sollte das VDSt-Mitglied qualifizieren, sondern das Wissen um die Entstehung, Verarbeitung, Analyse und Interpretation statistischer Datenbestände. Die Kenntnisse von technischer, elektronischer und systematischer Erfassung, Übertragung und Verknüpfung größerer Datenmengen waren gefragt, wenn man traditionelle Informationsfunktionen in moderner Weise erfüllen wollte.

Nicht zu unterschätzen war dabei der Wandel der Arbeitsweisen in den "Konferenzen" der kommunalen Statistiker. Was zunächst ein Gedankenaustausch einiger gebildeter und fachlich hochkompetenter Direktoren statistischer Ämter war, wuchs allmählich zu ad-hoc Kommissionen und zur Vergabe von "Hausarbeiten" an einzelne Referenten zur Vorbereitung späterer Zusammenkünfte. Daraus entstanden im Laufe der Zeit Fachausschüsse des VDSt mit wiederum gelegentlich zu bildenden Teams zur Vorklärung bestimmter Aufgaben.

Die Schwergewichte der Verbandsarbeit verlagerten sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg immer stärker auf die Ar-

beit der Spezialisten in den Ausschüssen, später auf die an deren Stelle gebildeten Fachbereiche und – nachfolgend – ad-hoc-Arbeitsgruppen und den Regionale Arbeitsgemeinschaften, die wiederum mit ausgewählten unterschiedlichen Thematiken in ihren Sitzungen die Vorarbeiten von Spezialisten erledigen ließen.

Die Hauptversammlungen – fast immer im Rahmen der Statistischen Wochen – stellen in den letzten drei Jahrzehnten mehr und mehr übergreifende und die allgemeine Diskussion interessierende Themen in den Vordergrund, wobei in Fachwelt und Öffentlichkeit angesehene Fachleute aus Nicht-VDSt-Gebieten den Tagungen und ihren Inhalten eine stärkere Außenwirkung vermitteln sollen.

4. Die Stellung der Städtestatistiker in ihren Verwaltungen

Die Entstehung eigenständiger Statistischer Ämter in den größeren Städten nach 1861 führte angesichts des rapide gewachsenen Informationsbedarfs zu einer vor dem nicht gekannten Zentralisierung der Datenbeschaffung und -bereitstellung. Das städtestatistische Amt hatte – vor dem Hintergrund der ihm verfügbaren Datenfülle der Landes – sowie der Reichs-/Bundesstatistik und daneben der fachlich mitgebrachten Interpretationshoheit seiner leitenden Mitarbeiter – von Anfang an die Chance, in der kommunalen Verwaltung und im Gegensatz zu den Möglichkeiten seiner inneradministrativen Konkurrenz, zu einer Stabsstelle für Führungsinformation aufzusteigen. Dies schon allein deshalb, weil seine Zuordnung

zum Dezernat des Oberbürgermeisters lange Zeit die Regel blieb.

Die unterschiedliche Größe der Städte mit eigenständiger statistischer Dienststelle sowie die im gesamten betrachteten Zeitraum – zeitweise oder generell – häufig zu beobachtende Verbindung der zentralen statistischen Aufgabe mit anderen Funktionen der Verwaltung (als Anhängsel an die Statistik ebenso wie im entgegengesetzten Fall) lässt eine allgemeine Aussage über die Stellung des Aufgabengebiets Statistik in den Kommunen nicht zu.

Es waren in Zeiten finanzieller Engpässe der Städte gelegentlich Kostengesichtspunkte, daneben aber auch sachliche oder persönliche Einflüsse der Vertreter der traditionellen Verwaltungsbereiche gegenüber der Verwaltungsspitze, die eine – an sich logische – zentrale Position der statistischen Organisationseinheit verhindert haben. Daneben spielte und spielt die Struktur der Denk- und Arbeitsweise der jeweiligen Oberbürgermeister, das Beharren der Verwaltung auf einer Beibehaltung der herkömmlichen Verwaltungsorganisation sowie das ‚Angebotsverhalten‘ einzelner Städtestatistiker für Entscheidungen zugunsten oder gegen eine Stabsstelle ‚Statistische Führungsinformation‘ in den Städten eine Rolle.

In vielen Fällen blieb es über die Jahrzehnte in den meisten größeren Städten bei der dienenden Funktion der Statistischen Ämter: die Daten der Statistik hatten bei einem plötzlich auftretenden Bedarf nach ihnen verfügbar zu sein und in der übrigen Zeit hatten

Wandel im VDSt: Nicht das Amt, das Wissen qualifiziert

Aus dem Gedankenaustausch kompetenter Direktoren ...

... wurde die Arbeit von Spezialisten

Von der Stadt zur Stadtregion

Statistiker möglichst nicht aufzufallen.

Diese Situation änderte sich in den Jahren etwa ab 1960 angesichts des zunehmenden Bestrebens der großen Städte, ihre Handlungen und Entscheidungen auf exakten Kenntnissen kleinräumiger innerstädtischer Strukturen aufzubauen und ihre Planungen auf möglichst verlässliche Vorausschau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen zu basieren, daneben gleichzeitig von der Betrachtung des Gebiets der oft willkürlich entstandenen Stadtgemarkungen abzugehen und die Stadtregion (mit der Kernstadt als Zentrum des Ganzen) als Handlungsparameter zu betrachten. Aus statistischen Ämtern entstanden Ämter für Stadtforschung oder für Stadtentwicklung (manchmal mit dem Zusatz: und Statistik).

Die Entwicklung in den einzelnen Städten wurde im VDSt aufmerksam verfolgt. Da er sich jedoch im Rahmen seiner selbst gesetzten Kriterien für die Aufnahme neuer Mitglieder (auch ohne Leitungsfunktion) mit statistisch-methodischem und statistisch-verfahrenstechnischem Wissen geöffnet hatte, ließ sich eine Verbandspolitik mit dem Ziel der Zentralisierung der Beschaffung und -bereitstellung statistischer Daten auf ein – wie auch immer definiertes – Statistisches Amt nicht mehr formulieren.

Der mit der Anwendung statistischer Erfahrungen vertraute Mitarbeiter in den kommunalen Verwaltungen (der auf Abruf sofort die nötigen Führungsinformationen bereit zu stellen hat oder – besser noch

– mit dem Blick des zukunftsorientierten Prognostikers auf zu erwartende Entwicklungen Handlungsalternativen anbietet), ist heute gefragt, welchem Amt oder Verwaltungsbereich er auch zugeordnet sein mag. Der VDSt sieht seine Aufgabe darin, diese statistisch kompetenten Mitarbeiter nicht nur für ihre Aufgaben mit dem fachlichen Hintergrund aus den Erfahrungsbeiträgen seiner Mitglieder (in Verbandserörterungen, Modellprojekten, Workshops und dergleichen) stark zu positionieren, sondern auch mit Angeboten zum Städtevergleich auf verschiedenen inhaltlichen Bereichen ein Quasi-Monopol für den Statistikexperten in der kommunalen Verwaltung zu schaffen; in der Hoffnung, dass es seine Mitglieder vor Ort auch nutzen.

5. Das Verhältnis der Kommunalstatistik zur Reichs/Bundes- und Landesstatistik

Von Beginn der Zusammenarbeit der Städtestatistiker an, liegen hier eigentümliche Beziehungen zwischen den einzelnen Ebenen politischer Verfassungswirklichkeit und praktischer Zweckmäßigkeit vor, die über die mehr als 12 Jahrzehnte bestehenden Kontakte weitgehend unverändert geblieben sind. Als Grundmuster lassen sich die verfassungsgemäße Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung von der Reichs/Bundesebene feststellen, gleichzeitig die Zugehörigkeit des kommunalen Bereichs zum jeweiligen Land.

Das führt zu einem dazu, dass die Städte und Gemein-

den sich verfassungs- und gesetzestreu zu verhalten haben, gleichzeitig Weisungen und Aufträge ihres Landes ausführen müssen und in vielen Beziehungen dessen Kontrolle unterstehen. Dieser Sachverhalt gilt allerdings nicht oder nur sehr begrenzt für Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung: Die Kommunen sind frei, in deren Rahmen zum Beispiel eigene Statistiken durchzuführen, auszuwerten und die Ergebnisse für eigenes Handeln zu nutzen. Sie können sich dabei in Bezug auf eventuelle Auskunftsanforderungen an die Bürger zwar nicht auf gesetzliche Auskunftspflichten berufen, wohl aber auf Satzungen der gemeindlichen Repräsentationsorgane.

Diese Unterstellungsbeziehungen der kommunalen Seite gegenüber Reich/Bund und Land führen jedoch auch zu Abhängigkeiten in umgekehrter Richtung: die Reichs/Bundesebene ebenso wie die Länder vollziehen Gesetze mit statistischem Inhalt. Sie brauchen zur Formulierung wie auch zur Umsetzung die Grunderfahrung der kommunalen Seite ‚vor Ort‘, ohne deren Nutzung erhebliche Vollzugsdefizite mit Sicherheit nicht auszuschließen wären. Das heißt in dem Selbstverständnis ‚von Oben nach Unten‘: Beratung durch die Städtestatistiker ist erwünscht und notwendig, deren Einsatz als Erheber und Umsetzer der statistischen Aufgaben in den Städten wird von Fall zu Fall als erforderlich betrachtet (wobei der Aspekt der finanziellen Kompensation zumindest der Höhe nach ein regelmäßiger Punkt der Auseinandersetzung bleiben wird), die Ergebnisermittlungen (zum Beispiel im Fall von Groß-

Von der Zahl zur Führungsinformation

zählungen) beanspruchen die Länder jedoch stets für sich, wobei sie hinsichtlich der Auswertungen den kommunalen Detailwünschen – unter anderem für Datenaufbereitungen nach kleinräumigen innerstädtischen Gliederungen – in den meisten Fällen, wenn auch nicht immer mit der von den Städten und Gemeinden gewünschten zeitlichen Priorität, entgegenkommen.

Aus der Sicht der Städtestatistiker ist die Mitwirkung als Berater und Durchführer ‚vor Ort‘ anerkannt, bei zusätzlicher Ausstattung erwünscht und im Eigeninteresse notwendig (schließlich muss man die Konsequenzen von Fehlinformationen im späteren Verfahren in der Gemeinde ‚ausbaden‘). Mit Blick auf inneradministrative Konkurrenz besteht darüber hinaus ein Interesse der kommunalen Statistik, als Teil des Statistikapparates von Reich/Bund, Land und Kommune betrachtet zu werden und damit direkter auf die Ergebnisse auch der höheren Ebenen zurückgreifen zu können, was einen eigentlich uneinholbaren Informationsvorsprung darstellt, den die Städtestatistiker für ihre Leistungspräsentation nutzen können.

Über die gesamte historische Zeitspanne hinweg lässt sich in Bezug auf die wechselseitigen Beziehungen in statistischen Fragen in mindestens zwei Punkten Charakteristisches feststellen:

- Reich und Bund waren und sind wegen ihrer Praxisferne und auch ohne Nutzung des Weges über die Länder stets interessiert, das Erfahrungswissen der Kommunen ‚vor Ort‘ zu nutzen.

Dies galt für bahnbrechende kommunalstatistische Konzepte (zum Beispiel bei der Todesursachenstatistik, die als städtestatistisches Projekt gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden und anschließend Kernstück des späteren Reichsgesetzes geworden ist,) ebenso wie für die Einbeziehung kommunalstatistischer Fachleute in die Ausschussarbeit im Statistischen Bundesamt. Entsprechend früh waren kompetente Vertreter des Reichs praktisch stets Teilnehmer an den Konferenzen der Direktoren großstädtischer statistischer Ämter und später an den Statistischen Wochen (während die Einladungen ‚in der anderen Richtung‘ erst viel später üblich wurden).

- Im Verhältnis Land zu Gemeinde (sprich hier: größere Stadt) entwickelte sich das Verhältnis im statistischen Bereich nicht immer reibungslos. Standen immer wieder Weisungen statt wechselseitiger Gespräche zum Finden der optimalen Lösungen von Seiten der Länder im Vordergrund, so entwickelte sich doch im beiderseitigen Interesse allmählich das Verfahren des gemeinsamen Erarbeitens von Wegen zur zweckmäßigsten Aufgabenerfüllung.

Auch auf dieser Beziehungsebene übernahmen die Länder vielfach kommunale Entwicklungen und setzten sie für eigene Zwecke um: ein Beispiel unter vielen anderen ist die der von der Gemeindegseite entwickelte Feingliederung der großstädtischen Räume zum Zwecke variabler Nutzung für Zwecke für Entwicklungsplanung.

6. Funktionsteilung und Kooperation zwischen Statistik und Städtetag

Im Unterschied zu den vorgenannten prinzipiellen Gegensätzen zwischen den Ebenen gibt es über die Jahrzehnte zwischen den statistischen Bereichen der deutschen Großstädte und deren verbandsmäßig organisierter Vertretung, dem Deutschen Städtetag, keine grundsätzlich unterschiedlichen Positionen. Der Deutsche Städtetag ist als Sprachorgan der großen Städte interessiert an detaillierten, verlässlichen und Strukturen aufzeigenden statistischen Informationen über seine Mitglieder. Diese zu liefern sind die Städte mit ihren statistischen Ämtern in der Lage und willens, während der Deutsche Städtetag in Bezug auf die Art, Organisation und Finanzierung von städtevergleichenden Veröffentlichungen bis zum 1. Weltkrieg die Datensammlungen der Großstädte unterstützte, sie nach dieser Zeit in eigener Regie herausgebracht hat (wobei der VDSt und seine Mitglieder bis heute zu den einzelnen Fachkapiteln des jetzigen Statistischen Jahrbuchs Deutscher Gemeinden die Datenbeschaffer, -zusammensteller, Kapitelbearbeiter und Autoren stellen).

Der Deutsche Städtetag hat sich bis in die Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands in seinem speziellen statistischen Fachausschuss des Spezialwissens der in ihm vertretenen Statistiker bedient, um seine Anliegen nach draußen sachgerecht fundieren zu können, während die Städte über ihre statistischen Fachleute den Deutschen Städtetag

Der Bund ist auf die Städtestatistiker angewiesen

DIFU, FKSTE, DStatG, IAB

genutzt haben, um über dessen Statistischen Ausschuss und weiter über das Präsidium für sie wichtige Anliegen mit der konzentrierten Aufmerksamkeit, die dem Deutschen Städtetag in der Öffentlichkeit allgemein zuteil wird, vorzutragen.

Der Deutsche Städtetag hat daneben stets eine Art Vermittlerfunktion zwischen den statistikbezogenen Anliegen der großen Städte, deren Städtestatistikern und den mit statistischen Fragen befassten Gremien auf Bundes- und Länderebene (zum Beispiel durch eine ständige Vertretung im Statistischen Beirat beim Statistischen Bundesamt sowie bei den Konferenzen und Tagungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder) wahrgenommen, die sehr oft im Interesse der Allgemeinheit zu einem Interessenausgleich ebenso wie zu tragbareren Ergebnissen statistischer Arbeit geführt hat.

7. Organisatorische und fachliche Zusammenarbeit im nationalen Rahmen

Im vorhergehenden Abschnitt wurde bereits die seit Jahrzehnten bestehende Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag erwähnt, der für den VDSt wichtige Außenaufgaben in Richtung auf die Kommunalpolitik und im Veröffentlichungswesen übernommen hat, gleichzeitig die Mitglieder des VDSt – nicht nur über seinen Statistischen Ausschuss, sondern auch in fachspezifischen ad-hoc-Arbeitsgruppen – als Berater in statistikbezogenen Fachfragen heranzog.

Mit der in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts in den Vordergrund tretenden Fragen der mehrere kommunal-administrative Bereiche integrierenden Stadtentwicklungsplanung kam es nicht nur zur vom Deutschen Städtetag initiierten Bildung des Deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU), dem die meisten größeren Städte als Mitglieder angehören und von seinen Forschungsarbeiten wie auch den praxisbezogenen Beratungen und Workshops profitieren.

Das DIFU tangiert ebenso wie die zur gleichen Zeit dem Deutschen Städtetag zugeordnete Fachkommission für Stadtentwicklung (FKSTE) das Selbstverständnis des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Eine Reihe seiner Mitglieder, aber auch der VDSt insgesamt, hatten sich in den sechziger Jahren mit Arbeiten zur Stadt- und Regionalforschung ein auf statistischer Datengrundlage aufbauendes weiteres Arbeitsgebiet erschlossen (Beispiele unter vielen sind die Bestimmung und mit Strukturdaten aussagefähig gemachten Stadtregionen, der Aufbau und die Analyse kleinräumiger innerstädtischer Gebietseinheiten, der Aufbau von Prognosesystemen für die einzelne Stadt insgesamt sowie ihre funktionalen Bereiche im Sozial-, Bildungs- und Versorgungssektor). Während in einzelnen Städten die Statistiker und Stadtforscher auch zu federführender Mitwirkung in städtischen Gremien der Stadtentwicklungsplanung gelangten, brachte die Bildung der FKSTE des Deutschen Städtetags dieses neue Fachgebiet vielfach in eine vom VDSt und seinen Mitgliedern unabhängige und von den Städten deutlich präferierte Position:

Städtestatistik und Stadtforschung blieben hier die Bereitsteller von statistischen Grundinformationen, die von den Stadtentwicklungsplanern (von denen nur wenige zugleich Mitglieder im VDSt sind) zu in den Städten vielbeachteten und genutzten Konzepten zur Stadtentwicklung verwendet wurden.

VDSt wie auch FKSTE haben Verbindungen zu und konkrete Kooperationen mit wissenschaftlichen Akademien (speziell der Deutschen Akademie für Raumforschung und Landesplanung), zum Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), dessen Grundlagenarbeit nicht nur von dem mit Bau- und Wohnungswesen befassten Bundesministerium genutzt wird, und zum wissenschaftlichen Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), das der Nürnberger Bundesakademie für Arbeit zugeordnet ist.

Ein in vielfacher Hinsicht wichtiger Partner für den VDSt ist seit Jahrzehnten die Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG) ursprünglich hervorgegangen aus dem Verein für Socialpolitik, dann ab 1911 eine Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, seit 1929 eine selbständige Vereinigung).

Rein inhaltlich ist die DStatG von den in ihr vertretenen Berufen, Fachgebieten und Forschungsbereichen her weit umfassender strukturiert und von der Mitgliederzahl (800 gegen 300 mit einer Reihe von Doppelmitgliedschaften) eindeutig größer als der VDSt. Während sich dieser schwerpunktmäßig auf die Arbeit in den Feldern von Statistik und Stadtforschung sowie Informa-

Statistik und
Stadtentwicklungsplaner

tionsmanagement in und für die Kommunen konzentriert, umschließt die DStatG mit Einzel- und gewichtigen korporativen Mitgliedern das gesamte Feld der Universitätsstatistik in Forschung, Lehre und Anwendung, die methodischen statistischen Arbeiten mit ausgebauten Verbindungen zum Fachgebiet der Mathematik, den Einrichtungen der amtlichen Statistik, Wirtschaftsunternehmen, Verbänden, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung und Instituten der Wirtschafts- und Sozialforschung.

VDSt und DStatG veranstalten seit 1928 gemeinsam die Statistischen Wochen, an denen auch seit einigen Jahren die Gesellschaft für Demographie beteiligt ist. In ihnen sind jeweils die kommunalen Statistiker der einladenden Stadt Gastgeber, während der VDSt als Vorbereiter und Organisator tätig ist.

8. Internationale Zusammenarbeit

Seit mehr als 150 Jahren gibt es eine systematische internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Statistik mit vielfältigen Ausprägungen, wobei jeweils auch stadtstatistische Inhalte und Problembereiche angesprochen und behandelt wurden. Aus den zwischen 1853 und 1876 zusammengekommenen Internationalen Statistischen Kongressen, getragen von den Staaten und repräsentiert durch deren statistische Organisationen, entstand 1885 quasi als Fortsetzung das Internationale Statistische Institut (ISI). Dieses ist auf der Basis der persönlichen Einzelmitgliedschaft von statistischen Fachleuten unterschiedlicher

Arbeits- und Studienbereiche organisiert, die in den Sektionen des ISI jeweils ihre speziellen Fachgebiete vertreten und in der Regel im zweijährigem Turnus zu Sessionen in wechselnden Erdteilen zusammenkommen,

Die deutschen Städtestatistiker sind als VDSt im ISI eine ‚angeschlossene Organisation‘; 36 Deutsche und 1 Schweizer waren seit der Begründung der ‚Conferenzen.‘ 1879 gleichzeitig Mitglieder von VDSt und ISI, zum Teil und zeitweise auch mit leitenden Aufgaben betraut. Derzeit (im Jahr 2004) gehören 6 VDSt-Mitglieder dem ISI an, wobei von 1997 bis 2001 und wieder seit 2003 Mitglieder des VDSt im ISI-Council quasi in der Regierungsverantwortung gewesen sind beziehungsweise noch stehen. Deutsche VDSt-Mitglieder im ISI und seinen Sektionen haben nicht nur maßgeblich dazu beitragen, dass vom ISI mehrfach ein ‚Statistisches Jahrbuch der Großstädte der Welt‘ herausgegeben werden konnte. Sie machten ihren Einfluss auch dahin geltend, dass 1953 eine ISI-Sektion für Städtestatistiker (nicht: die Städtestatistik!) gebildet wurde. Diese firmierte zunächst im ISI-Rahmen als ‚International Association of Municipal Statisticians‘, danach ab 1976 als ‚International Association for Regional and Urban Statistics‘ (IARUS) und – nach der Bildung der ISI-Sektion ‚International Association for Official Statistics‘ (1985) als deren ‚Standing Committee on Regional and Urban Statistics‘ (SCORUS), das mit starkem Gewicht im ISI und mit unabhängigen, weltweit organisierten Konferenzen, seit 1990 eine beachtenswerte Arbeit leistet.

9. 125 Jahre in sachlich-kritischer Würdigung

‚Kontinuität mit wechselndem Gewicht‘ könnte man den geschichtlichen Überblick über 125 Jahre Verbandsgeschichte überschreiben. Eine Wertung wird je nach angelegten Maßstäben zwangsläufig unterschiedlich ausfallen. Sie kann nicht den Versuch der Konstruktion eines einheitlichen Ablaufes unternehmen, weil trotz aller im VDSt konzentrierten Bemühungen um Einheitlichkeit und von Synergieeffekten durch stadtübergreifende Zusammenarbeit die Ausgangslagen und Möglichkeiten in den Städten außerordentlich unterschiedlich sind.

Was hat der VDSt erreicht, wo sind seine derzeitigen Grenzen, welche realistischen Ziele kann er sich stellen und darauf seine Mitglieder einschwören?

- (1) Der VDSt ist seit Jahrzehnten kein Direktoren/Honoratioren-Gremium mehr, in dem lediglich Empfehlungen für die Anwendung bestimmter statistischer Verfahren abgegeben werden.
- (2) Seine Mitglieder sind überdurchschnittlich ausgebildet in der Beherrschung von Instrumenten organisatorischer und technischer Art. Sie sind in der Lage, ihren Kommunalverwaltungen (weniger dagegen direkt den politischen Spitzen) auf Anfrage Handlungsoptionen anzubieten.
- (3) Das Datenangebot auf Bundes-, Länder- und kooperativ-kommunaler Ebene ist kaum noch zu übersehen. Dies macht es für das zur

Städtestatistiker und ISI

Erfolge und Grenzen des VSt

Lösung städtestatistischer Fachfragen gut geschulte einzelne VSt-Mitglied schwierig, stets zeitgerecht und inhaltlich überzeugend auf die Anforderungen nach Führungsinformationen in seiner Stadt zu reagieren.

(4) Die derzeitige Struktur der Mitglieder im Verband (siehe zu (1)) hat den erkennbaren Nachteil, dass der Einfluss der statistischen Fachleute und deren Einwirkungsmöglichkeit auf die kommunale Leitungsebene gering und ihre Durchsetzungsposition relativ schwach ist.

(5) Dies beinhaltet auch, dass die statistischen Fachleute in den Kommunen nicht voll die ihnen prinzipiell gebotenen Chancen nutzen können, über das Datenmaterial von Bundes- und Länderebene jederzeit kompetent zu verfügen.

(5) Hinzu kommt auf der anderen Seite, dass die politischen und administrativen Führungsgremien immer weniger (wenn dies überhaupt jemals der Fall gewesen sein sollte) informiert und willens sein werden, sich auf den statistisch-stadtforscherischen-informationstechnologischen Sachverstand als am Besten geeignete Politikberatung zu verlassen. Die Einholung von Informationen und Handlungsempfehlungen von Beratern aus dem eigenen politischen Spektrum ist viel wahrscheinlicher, obgleich diese eigentlich nur Informationen aus zweiter Hand anbieten können (oft auch noch ohne fachgerechte Kautelen vor

der Anwendung der Rat-schläge).

(6) Eine Antwort auf diese Situation kann am wenigsten von den VSt-Mitgliedern isoliert gefunden werden. Diese sollten immerhin alles tun, um die gemeinsamen Bemühungen zur Informationsbeschaffung im Verband fortzusetzen und die gewonnenen Erkenntnisse stets von neuem zu Problemlösungen anzubieten.

(7) Dies nicht durch das Warten auf Anfragen, sondern durch eine ihnen speziell zu vermittelnde Schulung im Hinblick auf eine Voraus-sensibilisierung der politischen Berater, gleichzeitig durch eine vielleicht vom DIFU ausgehende Information und Initiative gegenüber den kommunalpolitischen Entscheidern „Wer kann eigentlich am Preiswertesten und Zuverlässigsten welche Informationen liefern?“

(8) Im geschichtlichen Rückblick auf 125 Jahre sollte man den Mut zu der positiven Feststellung haben, dass sich die Aktivitäten des Verbandes in Bezug auf die mögliche Zuarbeit der VSt-Mitglieder für ihre kommunalen Leitungen sehen lassen können. Selbst der weiterhin ‚dienende Statistiker‘ ist tendenziell und im Durchschnitt weit besser geschult und auf die Datenbedarfe eingestellt als seine Vorgänger: Der manches Mal kurvenreiche Weg durch die Engpässe aus politischen Anforderungen und fachlichen Erfüllungsmöglichkeiten muss die VSt-Mitglieder aufgrund

ihres gemeinsam erarbeiteten Informationspotentials eher stärken als zur Resignation führen.

(10) Sie haben jedoch bisher die Chance zu voraussehender oder -ahnender Information ebenso wie fast alle ihrer Vorgänger als VSt-Mitglieder nur in den wenigsten Fällen im Sinne einer im kommunalen Hierarchiebereich unangefochtenen Funktion als Politikberater ergreifen können.

(11) Der Verband Deutscher Städtestatistiker wäre – mit dieser von der Mehrheit seiner Mitgliedern getragenen Zielsetzung zu einer aktiveren Einflussnahme – aufgerufen, über die Möglichkeiten eines Durchbruchs nach 125 Jahren eher ‚passiver Aktivität‘ nachzudenken und die Weichen für das entsprechende Verbandsgeschehen im nächsten Jahrzehnt zu stellen.

Schließlich entspricht es dem Geist der Zeit, über eine Agenda 2010 nicht nur nachzudenken, sondern Handlungswege zu erarbeiten.

Erhard Hruschka, Hamburg

Die Statistik kann die Chancen nicht voll nutzen

Wollen Führungsgremien informiert sein?